

MedienINFO 30 – Freitag, 22. Februar 2019

Landtag beschließt verstärkte Präventions- und Sensibilisierungsarbeit

Schneider: Weibliche Genitalverstümmelung ächten - betroffenen Mädchen und Frauen helfen

Der Landtag hat auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP bekräftigt, dass weibliche Genitalverstümmelung eine Menschenrechtsverletzung ist, und hat die Landesregierung damit beauftragt, die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit zu intensivieren. Dazu erklärt die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Susanne Schneider:

„Die weibliche Genitalverstümmelung ist eine Verletzung des Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit. Sie bedeutet lebenslanges Leiden und führt häufig sogar zum Tod der Frau. Die Täterinnen und Täter, die dieses Verbrechen begehen, müssen mit allen strafrechtlichen Mitteln verfolgt werden. Es darf gar nicht erst der Eindruck entstehen, dass diese barbarische Praktik bei uns in irgendeiner Weise toleriert wird.

Das Thema muss daher auch stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Durch intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit muss die Bevölkerung für die Problematik sensibilisiert werden. Aber auch in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, vor allem in den Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Integrationswesens, muss besser informiert werden. So erhöhen wir die Handlungsbereitschaft in konkreten Gefährdungsfällen.

Für Fachkräfte im Sozialen Dienst, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, den Gesundheitssektor sowie Polizei und Justiz müssen konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Ziel ist es dabei, einen Einblick in die Thematik zu geben und eine erhöhte Sicherheit im Handeln zum Schutz der bedrohten Mädchen und jungen Frauen zu vermitteln.

Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Beratungen des ‚Runden Tisches NRW gegen Beschneidung von Mädchen‘. Die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit muss auf Grundlage der dort erörterten Erfahrungen kontinuierlich optimiert sowie mit der vorhandenen spezifischen Frauenhilfeinfrastruktur verzahnt werden.“

Hintergrund: Durch die zunehmende Globalisierung kommen immer mehr betroffene Mädchen und Frauen auch nach Deutschland. Schätzungen zufolge sind hierzulande 30.000 Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht. Weltweit wurden circa 140 Millionen Mädchen und Frauen zwangsbeschnitten.